

Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland

„Demokratie“ ist kein geschützter Begriff. Außer dem Vatikanstaat und Saudi-Arabien bekennt sich jeder Staat der Welt zu einer demokratischen Struktur. Wenn stalinistische Regime von der Sowjetunion bis Nord-Korea sich auf den Rousseauschen Begriff der *volonté générale* und der totalen Vergesellschaftung des Menschen berufen und selbst in der EU an der Macht befindliche Politiker eine rechtsorientierte „illiberale Demokratie“ propagieren, dann erfasst man die ganze Breite und Unschärfe dieses Begriffs. Den Tenor dieses Beitrags könnte man daher auch anders fassen: Dann wäre die politische Entwicklung seit den 1980er Jahren in der Sowjetunion und ihren Nachfolgerstaaten nicht als Aufblühen der Demokratie und ihre allmähliche Einschränkung zu interpretieren, sondern als auf Erfahrung beruhende Sicherung demokratischer Prozesse durch deren Regulierung und die Verhinderung des Absinkens in Chaos und Rechtlosigkeit. So versteht sich ein Teil der russischen Führung selber, was aber zunehmend zurückgewiesen wird.

Auch in konventionell als demokratisch angesehenen Strukturen kommen Verstöße gegen den *common-sense*-Begriff der Demokratie vor, sei es im Fortbestehen von Kurien-Wahlrechten, wie es sie etwa in deutschen Hochschulgremien gibt, sei es in Wahlordnungen, die es – wie bei den letzten Präsidentenwahlen in den USA – ermöglichen, dass jemand, der weniger Stimmen bekommen hat, seinen eigentlich beliebteren Rivalen besiegt. Allerdings haben sich bestimmte Vorstellungen etabliert, die bei Vorhandensein von Elementen wie der Gewaltenteilung oder der regelmäßigen Abhaltung von fünfadjektivischen (allgemein, frei, gleich, geheim, direkt¹) Wahlen von Demokratie handeln, auch wenn es in manchen Bereichen durchaus Defizite geben mag. Wir gehen daher in diesem Beitrag von dem Begriff einer

1 Dies ist etwa bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht der Fall, da in den einzelnen Staaten Wahlleute gewählt werden.

(oft nicht fehlerfreien) liberalen Demokratie aus, die im Gegensatz zu totalitären und autoritären Staatsvorstellungen auf politischer Teilhabe, der Sicherung von Freiheiten und gegenseitiger Kontrolle der Gewalten beruht.

Nach dem amerikanischen Politologen Samuel P. Huntington sind der „euro-amerikanischen“ Welle der Entstehung von Demokratien bis in die 1920er Jahre in den folgenden Jahrzehnten Demokratisierungen vorwiegend in ehemals kolonialen Gebieten gefolgt und als dritte Welle identifizierte er unter anderen die osteuropäische Demokratisierung der 1990er Jahre.² In allen diesen Wellen sind neben „lupenreinen“ auch „defekte“ Demokratien entstanden. Wir konzentrieren uns dabei auf die „illiberale“ Demokratie, die Störungen der Rechtstaatlichkeit mit sich bringt und sich nach Wolfgang Merkel „durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnet, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verliert, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“³

Schon die Sowjetunion, wie sie bis zur Aufhebung des Monopols der Kommunistischen Partei im März 1990 bestand, war nur nominell demokratisch. Zwar gab es Räte (*sovety*), zu denen Scheinwahlen stattfanden, bis hin zum Obersten Rat (*Verchovnyj Sovet*). Aber diese Bezeichnungen waren irreführend, weil neben nominell „parteilosen“ Angehörigen „gesellschaftlicher Organisationen“ nur Vertreter der Kommunistischen Partei ihnen angehören konnten und daher selbst nach dem Ende der stalinistischen Phase politische Entscheidungen in den Parteigremien (bis hin zum Politbüro) fielen. Im Unterschied zu den „Volksdemokratien“ gab es nicht einmal die für eine „Übergangsphase“ noch zugelassenen Blockparteien. Stattdessen gab es den „demokratischen Zentralismus“, wie ihn Lenin bereits 1902 in seiner Schrift „Was tun?“ (*Čto delat'?*) umrissen hatte. Theoretisch gab es in diesem System zwar eine Rechenschaftspflicht gegenüber den nächstniedrigeren Instanzen bis hin zu den Wählern.

2 Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991.

3 Wolfgang Merkel u. a. (Hg.), *Defekte Demokratie*, Bd. 1, Opladen 2003, S. 66.